



Tätigkeitsbericht der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF) 2005

Schwerpunkt 1 Sozialpolitik

11. AHV-Revision

Im Mai 2005 lud das Eidgenössische Departement des Innern Kantone, Parteien und Organisationen ein zu einer konferenziellen (mündlichen) Vernehmlassung mit Bundesrat Couchepin, an der die Kommission durch die Leiterin des Kommissionssekretariats vertreten war. Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (und andere Organisationen) setzte sich beim Bundesrat mit Erfolg dafür ein, dass zwingend ein ordentliches schriftliches Vernehmlassungsverfahren durchgeführt werden muss.

Die EKF formulierte eine schriftliche Stellungnahme, in der sie die auf den 1. Januar 2009 vorgesehene Erhöhung des Rentenalters von Frauen auf 65 Jahre ablehnt. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Einführung einer Vorruestandsleistung (Überbrückungsrente) weist sie ebenfalls zurück. Wie bereits in der Stellungnahme der EKF im Jahr 2000 ausgeführt, beantragt die Kommission, eine echte offene Flexibilisierungslösung für Frauen und Männer ab 62 Jahren einzuführen. Zustimmen kann die Kommission hingegen der vorgesehenen Aufhebung des Rentenanspruchs für kinderlose Witwen. Sie hält die geplante Übergangsregelung für vertretbar. *Siehe auch unter Stellungnahmen, Stellungnahme im Wortlaut in «Frauenfragen» 2.2005*

Familienergänzende Kinderbetreuung

Die Kommission befasste sich auf verschiedenen Ebenen mit der familienergänzenden Kinderbetreuung. Das Plenum setzte sich intensiv mit den Empfehlungen der OECD an die Schweiz zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie auseinander (siehe auch seco/BSV [Hg.]: Kinder und Karriere – Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Kurzfassung des OECD-Ländervergleichs zu Neuseeland, Portugal und der Schweiz mit besonderer Berücksichtigung der Teile der Schweiz, Bern 2004). Die Kommission liess sich auch über die Ergebnisse der Nationalfonds-Studie «Familienergänzende Kinderbetreuung in der Schweiz: Aktuelle und zukünftige Nachfragepotenziale» informieren, welche im Rahmen des NFP 52 «Kinder, Jugend, Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel» durchgeführt worden ist.

An ihrer September-Plenarsitzung setzte die Kommission eine interne Arbeitsgruppe ein mit dem Auftrag, eine Stellungnahme zur familienergänzenden Kinderbetreuung vorzubereiten: Neben grundsätzlichen Erwägungen zur Kinderbetreuung wird die Kommission Stellung nehmen zum Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. In diesem Zusammenhang werden auch die beiden Evaluationsstudien zum Vollzug und zur Wirkung des erwähnten Bundesgesetzes ausgewertet. Die Evaluationsstudien, welche vom Bundesamt für Sozialversicherungen in Auftrag gegeben worden sind, wurden im November publiziert. Die Botschaft des Bundesrates zum Bundesbeschluss über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (für die Zeitspanne vom 1. Februar 2007 bis zum 31. Januar 2011) wird voraussichtlich im Februar 2006 vorliegen.

Bekämpfung der Armut / Projekt «Nachehelicher Unterhalt und Sozialhilfe»

Die Kommission führt unter dem Arbeitstitel «Nachehelicher Unterhalt und Sozialhilfe» eine Analyse der Rechtsprechung des Bundesgerichts und der publizierten Gerichtsentscheide zur Regelung des nachehelichen Unterhalts durch. Die Analyse soll die Entwicklung seit dem Inkrafttreten des neuen Scheidungsrechts am 1. Januar 2000 aufzeigen. An der Plenarsitzung im September präsentierte lic. iur. Elisabeth Freivogel, Advokatin, erste Resultate ihrer Analyse. Die Publikation der Studie erfolgt voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 2006.

Schwerpunkt 2

Mentoring-Projekt «von Frau zu Frau» (SAJV, EKF)

2005 wurde der fünfte Zyklus des Mentoring-Projekts «von Frau zu Frau» durchgeführt. 25 junge Frauen (Mentees) hatten Gelegenheit, während eines Jahres einer erfahrenen Politikerin oder Verbandsfrau (Mentorin) über die Schulter zu schauen und Tipps zu Karriereplanung und Networking zu sammeln. Das Projekt wurde seit 2001 gemeinsam von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) und der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF) durchgeführt. Insgesamt nahmen 131 Mentees und 129 Mentorinnen daran teil. Das auf 5 Jahre angelegte Projekt wird am 4. März 2006 mit einer öffentlichen Veranstaltung für alle am Projekt Beteiligten und weitere interessierte Kreise seinen Abschluss finden. Die Publikation der Evaluationsergebnisse von Social Insight zum Projekt erfolgt zum gleichen Zeitpunkt.

Schwerpunkt 3

Medien und Politik

Studie «Eidgenössische Wahlen 2003: Medien, Politik und Geschlecht»

Wie bereits bei den eidgenössischen Wahlen 1999 wurde auch bei den Wahlen 2003 das Informationsangebot von Schweizer TV- und Radio-Stationen untersucht. Die geschlechts-spezifische Analyse wurde von lic. rer. soc. Sonja Stalder, freischaffende Journalistin BR, Bern, durchgeführt. Bei den eidgenössischen Wahlen 2003 unterschied sich die Medienpräsenz von Frauen und Männern sowohl quantitativ als auch qualitativ: Die Kandidatinnen kamen anteilmässig weniger zu Wort, waren zurückhaltender und nahmen häufiger zur Sozialpolitik Stellung als die Männer. Verglichen mit den Wahlen 1999 hat die Präsenz von Kandidatinnen und Journalistinnen in den Programmen der SRG SSR aber deutlich zugenommen. Die Ergebnisse der Studie wurden im März 2005 publiziert (siehe [www.frauenkommission](http://www.frauenkommission.ch) > Publikationen).

Ständige Aufgaben

Stellungnahmen zu frauen- und gleichstellungsrelevanten Themen

Stellungnahme zur 11. AHV-Revision (Juni)

Siehe unter Schwerpunkt 1 Sozialpolitik

Stellungnahme im Wortlaut in «Frauenfragen» 2.2005

Stellungnahme zu den Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung

Die Kommission begrüßt es grundsätzlich, wenn mittels Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung die stossende Mehrbelastung von doppelverdienenden Paaren gegenüber Konkubinatspaaren beseitigt werden soll. Sie bemängelt jedoch, dass bei der Vorlage nicht berücksichtigt wird, dass die Kosten für die Kinderbetreuung bei Erwerbstätigkeit der Eltern bei der Direkten Bundessteuer nicht steuermindernd geltend gemacht werden können. Die Kommission beantragt, dass die vollen Kosten der Kinderbetreuung zum Abzug zugelassen werden. Die vorgeschlagene Etappierung der Steuerreform darf im übrigen nicht dazu führen, dass der längst fällige Wechsel zur Individualbesteuerung weiter hinausgeschoben wird.

Stellungnahme im Wortlaut in «Frauenfragen» 1.2006

Publikation der Zeitschrift «Frauenfragen»

«Frauenfragen» Nr. 1.2005 (Juni) ist dem Schwerpunkt «Häusliche Gewalt und Migration» gewidmet, einem Thema, das äusserst kontrovers diskutiert wird. Aus Sicht der Kommission ist es notwendig, sich vermehrt und ohne ideologische Scheuklappen mit diesem Thema auseinander zu setzen und genau hinzuschauen. Ziel muss es sein, Präventions- und Interventionsmassnahmen so zu gestalten, dass sich auch Migrantinnen und Migranten angesprochen fühlen können und, falls nötig, adäquate Unterstützung erhalten. Mitarbeitende von Institutionen und Behörden müssen mehr Sensibilität entwickeln für die Schnittstellen von häuslicher Gewalt und Migration. Weder kulturspezifische Fragen noch aufenthaltsrechtliche Probleme dürfen dabei ausgeblendet werden.

«Frauenfragen» Nr. 2.2005 (November) behandelt das Thema «Mentoring in der Politik». In einem Einführungsaufsatz wird die Entwicklung des Mentoring als Instrument der Nachwuchsförderung von Frauen in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik aufgezeigt. Interviews mit und Porträts von Mentees und Mentorinnen aus den verschiedenen Zyklen des Mentoring-Programms «von Frau zu Frau» der EKF und SAJV zeigen die unterschiedlichen Erfahrungen und Einsichten auf, die mit der Teilnahme an einem Mentoringprogramm verbunden sein können. Ergänzt werden die Texte mit Fotos, die an den Rahmenveranstaltungen aufgenommen worden sind. Vorgestellt wird auch ein österreichisches Mentoringprojekt, das Idee und Konzept vom Projekt von SAJV und EKF übernommen hat.

Weitere Tätigkeiten

Die Präsidentin, die Vizepräsidentinnen sowie die Leiterin des Sekretariats vertraten die Kommission an diversen nationalen und regionalen Anlässen von Behörden, Parteien und Nichtregierungsorganisationen. Im Rahmen des schweizerischen Menschenrechtsdialogs mit Vietnam nahm die Vizepräsidentin Elisabeth Freivogel als offizielle Vertreterin der Schweiz an einem Workshop in Hanoi am 13./14. Dezember 2005 teil. Thema des Workshops war das geplante vietnamesische Gleichstellungsgesetz und die zu schaffenden Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung des Gesetzes. An diesem von der Schweiz initiierten Anlass nahmen weitere Expertinnen und Experten aus diversen Ländern der Region teil.

Plenarsitzungen

Die Kommission führte vier Plenarsitzungen durch (23. März, 21. Juni, 12. September,

10. November).

Geschäftsauusschuss

Geschäftsauusschuss und Sekretariat der EKF trafen sich zu 7 Sitzungen, um die laufenden Geschäfte zu planen. Im September fand eine zweitägige Retraite statt, um die Themenschwerpunkte für 2006 zu diskutieren und zuhanden des Plenums vorzubereiten.

Sekretariat

Auf Anfang März wechselte die bisherige administrative Assistentin Therese de Spindler auf eine andere Stelle innerhalb der Bundesverwaltung. Seit April arbeitet neu Chamiram Hermez auf dem Sekretariat. Die Assistenz-Stelle wurde zum gleichen Zeitpunkt von 70 auf 50 Stellenprozente reduziert. Seit Anfang 2005 haben wieder zwei Hochschulabgängerinnen ein Berufspraktikum absolviert. Bei diesem Berufspraktikum handelt es sich um ein Förderprogramm für stellenlose Hochschulabgängerinnen und Hochschulabgänger.